

des Revolutionsrats, der den Präsidenten berät und die Verfassungskonformität von Gesetzen feststellen muß, eine letzte Machtposition behalten (§§ 145 ff.).

Die *Revision der Verfassung* mit dem Ziel der Abschaffung gerade eines Teils der sozialen Errungenschaften des 25. April ist das Bestreben der rechten Parteien PSD und CDS und der AD-Regierung, auch mit dem Vorwand, sie verhindere die Integration Portugals in die EG; so soll z.B. die Entscheidung, ob Banken und Versicherungen nationalisiert bleiben sollen, in die Kompetenz des jeweiligen Parlaments bzw. der Regierung fallen. Die programmatischen Erklärungen («Übergang zum Sozialismus») sollen gestrichen, der Revolutionsrat aufgelöst, die Macht des Präsidenten verringert werden. Einige dieser Punkte werden Anfang der 80er Jahre zum zentralen Problem der politischen Auseinandersetzung werden. Es läßt sich noch nicht absehen, ob die AD die Verfassung auf verfassungswidrige Weise – durch ein Referendum – zu ändern versuchen wird oder ob es ihr gelingt, durch einen «Verfassungspakt» mit der SP die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament zu erreichen.

Die portugiesische *Verwaltung* ist traditionell sehr zentralistisch organisiert. Die Lissabonner Regierung hat über die ihr weisungsgebundenen Zivilgouverneure der 22 Distrikte die Entscheidungshebel fest im Griff. Auch regionale Zentren wie Porto und Coimbra verfügen über keine Machtbefugnisse.

Aufgrund eines Verfassungsauftrags wurde den anliegenden Inseln Madeira und Azoren ein Autonomiestatus gewährt; die Rechte des Regionalparlaments und der Regionalregierung (der auch die Verwaltung der Region untersteht) sind allerdings weitgehend auf die spezifischen Belange der jeweiligen Insel beschränkt (§§ 227 ff. der Verfassung).

Ein weiterer Verfassungsauftrag, Regionen für den Wirtschaftsplan festzulegen (*Regiões Plano*, § 95), ist hingegen noch nicht erfüllt. Die Regionen sollen mehrere, ökonomisch ähnlich strukturierte Distrikte umfassen und die großen regionalen Ungleichheiten abbauen helfen. Bisher liegen Vorschläge für vier bzw. sieben Regionen in Kontinentalportugal vor. Sie sind als Zusammenschlüsse der jeweiligen Gemeindeverwaltungen konzipiert, die damit gemeinsame Probleme besser angehen können sollen. Neben dem direkten Stimmrecht der Bürger sollen die Gemeindeverwaltungen Einfluß auf die Zusammensetzung der Regionalversammlung haben, eine *Junta Regional* soll exekutive Funktionen wahrnehmen. Die Übertragung zentralstaatlicher Funktionen auf die Regionen ist in der Verfassung nicht vorgesehen, auch wenn die Gliederung des Landes nach Distrikten aufgehoben werden soll. (§§ 256–63)

Mit der Finanzreform von Anfang 1979 wurden die Ressourcen der *Gemeinden* (*autarquias locais*) vervierfacht (OECD 1979, 35). Dieses Gesetz ist bisher jedoch nicht angewandt worden. Aufgrund der traditionellen Konzentration der gesamten Verwaltung in Lissabon fehlen den Gemeinden auch qualifizierte Techniker, um ihre neuen Aufgaben sinnvoll zu erfüllen.

Die *Streitkräfte*, aus deren Reihen alle Präsidenten des «Neuen Staats» kamen, spielten bei der Entkolonisierung und beim revolutionären Prozeß des Nach-25. April eine erstrangige Rolle. Nach dem 25. November 1975 wurden auch die Streitkräfte «normalisiert», d. h. eine Reihe Militärs wurden entlassen, demokratische Soldatenkomitees wurden aufgelöst und Offiziere wurden reintegriert, die der Teilnahme an Rechtsputschs angeklagt waren.

Im Gegensatz zur relativ geringen militärischen Bedeutung der Streitkräfte selbst (Stärke von 35.000 Mann + ca. 57.000 Wehrpflichtige) ist das NATO-Mitglied Portugal wegen seiner strategischen Lage (Azoren) von Bedeutung.